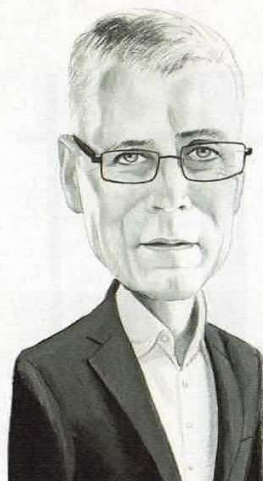


BEAT GYGI

Kapitalismus heisst Geben

Der katholische Philosoph Martin Rhonheimer zur Faszination des Wirtschaftswachstums.



Grell ist der Kontrast. Hier: das Bild vom Abstimmungskampf-Auftritt der Jungsozialisten in Bern zur 99-Prozent-Initiative: Die SP-Nationalrätin und frühere Juso-Präsidentin Tamara Funicello steht in der Mitte ihres Kampfteams am Mikrofon, vor sich hat sie eine mehrere Meter breite rote Tuchfront aufgebaut mit der Aufschrift «Geld arbeitet nicht, wir schon». Die Botschaft: Nur sozialdemokratisch anerkannte Arbeitskräfte schaffen etwas, Reiche mit ihrem Geld dagegen nicht, diese leben auf Kosten der Arbeitenden. Das eine Prozent der wohlhabenden Kapitalisten nimmt den anderen 99 Prozent das Geld weg, macht die Gesellschaft ärmer, bremst die menschliche Entwicklung, macht die Welt schlechter.

Dort: die Jahreskonferenz der Hayek-Gesellschaft jüngst in Würzburg. Der Schweizer Philosoph, Ökonom und katholische Priester Martin Rhonheimer erhält die Hayek-Medaille für seine Verdienste um einen «Brückenbau zwischen christlicher Soziallehre und der Ethik von Marktwirtschaft und Kapitalismus» sowie «den Aufbau des Austrian Institute of Economics and Social Philosophy in Wien». Was ist Rhonheimers Botschaft? Diese geht unter die Haut: «Kapitalismus ist die Wirtschaftsform des Gebens», sagt er. Wenn Reichtum produktiv eingesetzt werde, entstehe etwas, was sonst nicht entstanden wäre.

Wenn Reiche mit Unternehmergeist und Einfallsreichtum ihre Mittel so einsetzten, dass Neues entstehe, werde damit zusätzlicher Reichtum erzeugt, für alle. Mehr Güter, bessere Produkte, neue Sachen, frische Ideen, das führe zu höherer Produktivität zum Nutzen aller oder der meisten. Die normalen Leute bekämen immer

mehr für ihr Geld, die Reallöhne stiegen. Es sei frappierend, so Rhonheimer, wie gewaltig nach 1800 mit der Ausbreitung des Kapitalismus die Bevölkerung in Europa gewachsen sei, ohne dass Mangel und Krankheit jemals wieder so brutal zugeschlagen hätten wie früher jeweils. Den Leuten sei es seit Beginn der Industrialisierung immer besser gegangen, Bildungsniveau, Lebenserwartung, Lebensqualität, Wohlstand seien gestiegen, die Arbeitszeit derweil gesunken. Im Gegensatz zu früheren Erfahrungen über Jahrtausende hinweg sei es gelungen, Elend und Hunger weitgehend zu überwinden.

Diese Entwicklung sei massgeblich ermöglicht worden durch Investitionen der Vermögenden, die quasi in Vorleistung gegangen seien, Mittel vorgestreckt hätten, damit sich Projekte verwirklichen liessen. Also: Kapitalismus als Wirtschaftsform des Gebens, als produktiv verwendeter Reichtum. Rhonheimer sagt, die Grundlage des Wirtschaftens und des Wachstums bestehe eben nicht nur im Tausch nach den Ideen von Adam Smith, sondern vor allem auch im Hergeben von Kapital, um neue Ideen umzusetzen, die Welt zu verändern. Apple-Mitgründer Steve Jobs wollte, so heisst es, eine Delle ins Universum schlagen.

Viele werden einwenden, das sei eine verklärte Darstellung des Kapitalgebers. Aber in der Realität hat sich diese Sichtweise unterschwellig eigentlich quer durch die ganze Wirtschaft, Gesellschaft und auch in der Alltagssprache verankert. Woher wissen die angestellten Arbeitstätigen, was sie tun sollen? Wer sorgt dafür, dass sie ihre Arbeitskraft sinnvoll einsetzen und einen Lohn dafür erhalten? Es ist der Arbeitgeber, also der Unternehmer, der das Kapital mitbringt und

die Arbeit gibt. Die Form des Gebens. Steve Jobs' Apple-Konzern gibt 150 000 Personen Gelegenheit zum Arbeiten. Auch die Linken sagen Arbeitgeber.

Löhne frisch ab Notenpresse

An vielen Stellen regen sich Kräfte, die eine stärkere Inflation wachkitzeln könnten oder möchten. Besonderes Interesse daran haben die Notenbanken. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat sich für ihre Geldpolitik seinerzeit eine Inflationsrate von maximal 2 Prozent, dann von exakt 2 Prozent als Ziel gesetzt. Lange Zeit war die tatsächliche Inflation immer darunter, da konnte man das 2-Prozent-Ziel als Vorwand nutzen für die exzessive Geldpolitik. Jetzt ist die Euro-Inflation leicht über den 2 Prozent, und nun heisst es, die EZB dürfe füglich überschüssigen und das nachholen, was früher nicht ausgeschöpft wurde. Der Spass des Geld-druckens, der muss bleiben.

Und es kommen neue Gelüste hinzu: Ökonomen oder die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich schlagen vor, man sollte auch die Lohnpolitik einsetzen, um den Preisauftrieb anzuregen. Das hiesse, mit staatlicher Hilfe Abmachungen über koordinierte Mindestlöhne und Lohnsteigerungen auf breiter Front, quer durch die Euro-Zone, auf den Weg zu bringen: Euro-weite Lohn- und Einkommensplanung. Vor Jahren ist die Grenze zwischen Geldpolitik und Finanzpolitik verschwommen, Notenbankgeld finanziert zunehmend Staaten. Jetzt denkt man an die Vermengung mit den Arbeitsmärkten. Es wird um die Schweiz herum immer wilder.